

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28624

Erstmalig mit Übernahme der Gewerkschaften nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar monatlich 4 Mk., durch den Postweg monatlich 4,50 Mk., auf dem Lande 5,00 Mk., durch die Post dreimonatlich 13,50 Mk., mit Zuzahlungsbetrag. Alle Postgebühren und Gebühren sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Wilsdruffpreis 1 Mk. für die 6-wöchige Korrespondenz über ihren Namen, Lokalpreis 1/2 Pf. Anzeigen 2,50 Mk. Bei Werbung und Abrechnung entsprechend Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-wöchige Korrespondenz 3 Mk., Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenannahme bis einschließlich 30 Uhr. Für die Nachmittags-Beilage übermitteln Sie bitte die Originalien. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 150.

Donnerstag den 30. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Amthlicher Teil.

Donnerstag den 30. Juni 1921 vormittags 9—1 Uhr Ausgabe der neuen **Brotmarken und Selbstverforgerbogen** (bis 15. August 1921).

Die Abholung der Marken hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen. Runder bis 12 Jahre erhalten keine Marken.

Wilsdruff, am 28. Juni 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Donnerstag den 30. Juni nachmittags von 2—5 Uhr im Gemeindeamt Brot-

marken-Ausgabe in nachstehender Reihenfolge: Haus Nr. 1—50 von 2—3 Uhr, Haus Nr. 51—100 von 3—4 Uhr, Haus Nr. 101—151 von 4—5 Uhr.

Grumbach, am 28. Juni 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kesselsdorf.

Die Ausgabe der Brotmarken für die kommende Versorgungsperiode erfolgt Donnerstag den 30. Juni vormittags 10—12 Uhr im Gemeindeamt

Kesselsdorf, am 29. Juni 1921.

Der Gemeindevorstand.

Alleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutschen Staatssekretäre Suggenheimer und Bergmann sind in Paris eingetroffen. Die Weimarer Verhandlungen über die von Rathenau angeführten Fragen beginnen sofort.
- * Der englische Bergarbeiterstreik ist durch einen Vergleich beendet worden.
- * Das ungarische Magnatenhaus wird wieder neu erbaut. Zu den erblichen und ernannten Mitgliedern kommen noch 72 gewählte Mitglieder.
- * In Italien hat das Kabinett Giolitti seinen Rücktritt erklärt infolge der gegen den Grafen Sforza gerichteten ungünstigen Kammerabstimmung.
- * Die Spanier begannen in Spanisch-Marokko mit 20000 Mann einen Feldzug gegen die aufständischen Stämme.
- * Die Griechen erlitten beim Vorgehen gegen die türkischen Nationalisten eine Niederlage und mußten auf Ismid zurückgehen.
- * Der formelle Friedensschluß der Vereinten Staaten mit Deutschland und Amerika soll unmittelbar bevorstehen.

Italien und wir.

Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti ist, so sehr er in erster Linie als eine Frage der inneren Politik Italiens betrachtet werden muß, selbstverständlich auch für die internationale Entwicklung und somit auch für Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Ursachen dieses Kabinettswechsels haben jedoch mit den deutsch-italienischen Beziehungen nichts zu tun. Sie liegen vielmehr auf dem Gebiete der inneren Reformbestrebungen in Italien und sind zugleich von einer Frage auf das höchste beeinflusst worden, die seit längerer Zeit an der Spitze der nationalen Probleme Italiens steht, von dem Kampfe um die Vorherrschaft an der Adria. Dieser doppelten Wurzel entsprechend stehen auch zwei Persönlichkeiten bei dieser neuen Krise im Vordergrund.

Der Ministerpräsident Giolitti selbst hat sich seit längerer Zeit im wesentlichen auf die innere Politik zurückgezogen, auf der er als einer der Ältesten und besten Kenner seines Landes angesichts der großen Verwirrung, die in Italien wie in anderen Ländern durch den Krieg hervorgerufen wurde, große Aufgaben zu lösen fand. Es handelt sich dabei vor allem um einen vernünftigen Abbau des ähnlich wie in Deutschland, aber nur in noch höherem Maße ausgeblühten Regierungs- und Beamtenapparates. Giolitti findet bei seinen durchgreifenden Reformplänen jedoch nicht den Beifall der Kammermehrheit. Dies allein würde vermutlich noch nicht zum Rücktritt des Kabinetts geführt haben, wenn nicht gleichzeitig die Außenpolitik des Grafen Sforza der Gegenstand lebhafter Angriffe von Seiten der ganz rechts stehenden Gruppen gewesen wäre. Sowohl in der Adriafrage wie in der montenegrinischen Politik wünschten die Vertreter einer starken Außenpolitik, insbesondere die mächtige Gruppe der Faschisten, einen schärferen Kurs als ihn Graf Sforza steuerte, und Giolitti und Graf Sforza zusammen haben, obwohl rein ziffernmäßig und formell noch keine Notwendigkeit zum Rücktritt vorlag, aus der parlamentarischen Situation freiwillig die Folgerung ihres Rücktritts gezogen.

So wenig also die Ursachen des italienischen Kabinettswechsels mit der großen internationalen Politik zu tun haben, so bedeutsam können doch die Folgen dieses Ereignisses sowohl für die künftige Stellung Italiens in Europa, als besonders für die deutsch-italienischen Beziehungen sein. Seit den Tagen des großen italienischen Staatsmannes Cavour, des Zeitgenossen Bismarcks, hat die italienische Politik den Weg einer geraden und klaren Linie leider verlassen. Man weiß, daß schon lange vor dem Kriege, trotz des bestehenden Dreibündnisses, auf die Treue Italiens nicht mehr gerechnet werden konnte, und es bedeutete für viele eingeweihte Politiker in Deutschland kaum noch eine Enttäuschung, als Italien nach so vielen Extratouren sich schließlich während des Weltkrieges offen in das Lager unserer Feinde begab. Man wird heute in Italien selbst wissen, wenn man es auch nicht zugibt, daß diese Politik der Sonnino und Salandra für das Land unheilvoll geworden ist, obwohl es sich heute dem Namen nach in der Reihe der „Sieger“ befindet. Es ist sehr bezeichnend, daß ein Mann wie Giolitti, der sich immer offen als Gegner des Eintritts Italiens in den Krieg auf Seiten der Entente bekannt hat, in der jüngsten Vergangenheit zur Führung des

Staatswesens berufen wurde. Man hat es den Italienern zugute gehalten, daß ihre langgestreckte Küste den Drohungen der englischen Schiffkanonen ziemlich wehrlos ausgesetzt war, und daß es von der englischen Kohlenzufuhr abhängig ist. Dennoch ist es unverständlich geblieben, daß Italien, trotz seines historischen Gegenseitens zu Frankreich, mit dem es in den Mittelmeerländern an mehr als einer Stelle in starkem Interessenszusammenhang dazu beitrug, die einzige Macht niederzuwerfen, die imstande war, den imperialistischen Gelüsten in Frankreich eine Grenze zu ziehen.

Die deutsche Ablehnung von der Politik, die Italien in den Krieg hineintrief, hat sich nicht nur in der Verurteilung Giolittis, sondern schon vorher unter der Führung der auswärtigen Geschäfte durch den Minister Ritti kundgegeben. Es ist wohl noch in der Erinnerung, wie dieser Staatsmann, auf den man auch jetzt wieder große Hoffnungen setzt, besonders nach seinem Rücktritt vom Amte energisch für eine Wiederannäherung zwischen Deutschland und Italien eintrat. Leider ist dieser Kurs von dem jetzt zurückgetretenen Außenminister Grafen Sforza nicht imgehalten worden. Man spricht davon, daß für Sforza persönliche Momente mitgespielt haben sollen. Er wünscht den Posten des Reichsaussenministers zu erhalten und habe daher der französischen Regierung ganz besonders große Nachgiebigkeit bewiesen. Selbst wenn diese Begründung, die dem staatsmännischen Charakter des Grafen das schlechteste Zeugnis ausstellen würde, nicht zutrifft, so haben wir Deutschen doch in allererster Linie die franzosenfreundliche Politik des letzten italienischen Außenministers schmerzlich empfinden müssen. In der ober-schlesischen Frage, dem Kern- und Angelpunkt, nicht nur der deutschen, sondern der internationalen Entwicklung überhaupt, hat er einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der in seinen Wirkungen für die Existenz der schwerelenden Provinz höchst verhängnisvoll werden muß, falls er angenommen werden sollte. Das ist um so merkwürdiger, als gerade die italienischen Soldaten in Oberschlesien, trotz ihrer geringen Zahl, sich außerordentlich rühmlich für die Erfüllung ihrer Aufgabe, die Wahrung der Neutralität des Landes, eingesetzt haben.

Auch die deutsch-italienischen Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen beweisen, daß man in Italien vielfach die Notwendigkeit eingesehen hat, mit Deutschland so bald als möglich wieder in normale Beziehungen zu kommen. Jedes neue Ministerium — sei es nun, daß der greise Giolitti, den man oft mit Bülow vergleicht, dessen Führung wieder übernimmt, oder daß Ritti wieder die Außenpolitik leitet, oder daß der Tag dieser beiden Politiker vielleicht erst später kommt — wird also in erster Linie die Aufgabe haben, die italienische Politik aus der völligen Abhängigkeit von Paris wieder zu befreien. Das wird auch die Grundlage für eine weitere Verbesserung der deutsch-italienischen Beziehungen sein, die in allererster Linie im Interesse Italiens selbst gelegen ist.

Folgen der Kohlenknappheit.

Nach amtlichen Mitteilungen.

Infolge der Knappheit an Gaskohlen können die Gasanstalten im Reich nur mit durchschnittlich 60 Prozent ihres eingeschränkten Kontingents beliefert werden. Immerhin ist es bisher gelungen, in diesem Umfang die Versorgung der Gaswerke aufrechtzuerhalten, so daß Stillstände vermieden worden sind. Die Elektrizitätswerke sind ebenfalls in Betrieb gehalten worden, zum Teil haben aber Abschaltungen von Industriemotoren und Stromsperrn stattfinden müssen, zum Teil werden die Rücklagen, die für den Betrieb bestimmt waren, angegriffen. Kraftwerke, die im Ruhrrevier liegen, wie Herdecke, Elberlingen, Schwelm u. a. mußte ein Drittel ihrer Zufuhren in mitteldeutschen Braunkohlenbrüthen geliefert werden. Die Bestände der Reichseisenbahnen sind infolge der verminderten Zufuhren und von Rotationslösen für Kleinbahnbetriebe zurückgegangen. In Bunkerkohlen macht sich Mangel geltend. In Hamburg lagen 50 Röhne fest, die mit Getreide und Lebensmitteln nach Berlin und Schwefeln bestimmt waren. Die Bunkerkohlenversorgung ist auf die geringen Mengen, die von der Ruhr stromwärts geliefert werden, angewiesen. Auch in der östlichen Dinnenschiffahrt machten sich die Wirkungen infolge des Ausfalls Oberschlesiens bis in den Magdeburger Bezirk bemerkbar. In Breslau, Oberberg, Fürstberg, Hohenhausen, Berlin, Spandau, Havelberg und Brandenburg liegen zahlreich

Schleppzüge, insbesondere auch Lebensmitteltransporte, fest. Hatte die Industrie im Vorjahre nur mit knappen, stoßweisen, unzureichenden Zufuhren, den Bedarf decken können, so hatten sich im Winterhalbjahr 1920/21 infolge des Minderbedarfs der Industrie, den die Wirtschaftslage bedingte, Bestände an Steinkohlen anammeln lassen, deren Vorhandensein nach dem Ausfall Oberschlesiens verhinderte, daß die Industrie sofort zum Erliegen kam. Inzwischen gehen aber die Bestände zu Ende. Allgemein führt der gegenwärtige Zustand zu einer Entblühung Deutschlands von Reserven, wie dies z. B. auch am Stand der Halbenbestände an der Ruhr erkennbar wird. Es bedarf keines Hinweises auf die Größe der Gefahr, die der Industrie droht. Für den Osten ist sie um so größer, als für die Industrie des Ostens eine Ausnahme von der Ruhr nicht in Frage kommen kann.

Korfanths Abschiedsworte.

Sorge um den nächsten polnischen Aufstand. Die Tagesausgabe aus Sosnowice meldet, daß der Volksgesandte der polnischen Aufständischen, dessen Vorsitzender bekanntlich Korfanth ist, einen Aufruf an die polnische Bevölkerung von Oberschlesien gerichtet. Der Volksgesandte kündigt etappenweise Räumung des Gebietes an, die sowohl von den Truppen des Generals Hofer wie von den Aufständischen vorgenommen werden muß. Der Aufruf erinnert dann weiter daran, daß die Aufständischen niemals gegen die Alliierten gekämpft haben (siehe die italienischen Listen), die stets als ihre Freunde betrachtet wurden, sondern eigentlich nur gegen die Deutschen, ihre „Unterdrücker und Ausbeuter“. Heute, so wird am Schluß der Proklamation gesagt, nachdem wir Beweise unserer Kraft und unseres Patriotismus gegeben haben, wünschen wir ehrlich, den Befehlen der Interalliierten Kommission zu gehorchen. Hofer, „dessen Banden so viel Grausamkeiten begangen haben“, muß sich ebenfalls vor dem Willen der siegreichen Mächte beugen und auf Befehl der Kommission muß er seine Truppen bis jenseits der Grenze des Abstimmungsgebietes zurückziehen.

Die Vertreter des Berg- und Hüttenwesens in Gleiwitz und Hindenburg haben an Lloyd George und Giolitti ein Telegramm geschickt, in dem sich u. a. folgende Stelle findet:

In Insurgententreisen wird bereits von dem vierten Aufstand gesprochen. Es besteht auch die Absicht, durch Verzögerung der Räumung eine Annäherung für die Insurgenten und ihre Schandtaten zu erzwingen. Wir fordern dringend entscheidende Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung des Aufstandes, der das ober-schlesische Wirtschaftsleben vernichtet. In diesem Bestreben wissen wir uns einig mit der gesamten ober-schlesischen Industrie.

Die Handelskammer von Oppeln hat an die Interalliierte Kommission eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: Was ist durch Polenhand aus dem blühenden Oberschlesien geworden, als welches es vor anderthalb Jahren seitens der deutschen Regierung in Ausführung des Friedensvertrages der J. A. zu treuen Händen übergeben wurde! Und diesem schon jetzt aufs äußerste gefährdeten Zustande Oberschlesiens gegenüber halten wir es als gesetzliche Vertretung von Industrie und Handel für unsere Pflicht, darauf hinzuwirken, daß wir schon nach den bisherigen Ergebnissen dem Rückzug Korfanths gegenüber die schwersten Bedenken äußern müssen. Schon jetzt gehen uns von allen Seiten wieder Klagen zu, daß auch in den Orten, die die Insurgenten angeblich geräumt haben, sofort nach Abzug der Kontrollkommission die früheren Banden die Waffen aus den Verstecken wieder herausholen und mit Mord und Plünderung von neuem ihr Unwesen treiben. Allseitig wird im Besonderen die Befürchtung geäußert, daß es Korfanth gelingen wird, auch bei Bildung der neuen ober-schlesischen Polizei Zelle seiner Insurgentenarmee wieder dort einzubringen, ebenso wie er es seinerzeit verstanden hat, den jetzigen Aufstand durch die von der Kommission genehmigte starke Durchsetzung der Abstimmungsbehörde mit polnischen Elementen in wirksamer Weise vorzubereiten. Es ist ausgeschlossen, daß auf dieser Grundlage das Wirtschaftsleben Oberschlesiens in absehbarer Zeit sich wieder entsalten kann.

Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal.

Aus einer Mitteilung der Interalliierten Kommission geht hervor, daß die Beratungen des Obersten Rates über die Lösung des ober-schlesischen Problems am 15. Juli

ihren Anfang nehmen und bis zum 20. Juni vorüber sein werden.

Keinesfalls werde die Ungewißheit über das Schicksal Oberschleffiens länger andauern als bis zu diesem Datum. Die Entschcheidung des Obersten Rates wird unmittelbar nach ihrem Eingehen in Posen durch die Interalliierte Kommission der Öffentlichkeit übergeben werden.

Neuerliche Gefechte.

Gleiwitz war in den letzten Tagen noch mehrfach Schauplatz von ernstlichen Schießereien. Ein polnischer Panzerzug fuhr in den Bahnhof ein, ihm entstieg eine Horde Insurgenten. In kurzer Zeit besetzten die Insurgenten die Wagenverfahrräder der Eisenbahn, die staatlichen Hüttenwerke und das der Oberschleffischen Eisenbahn-Bedarfs-R.G. gehörige Stahlhüttenwerk. Die Werkstätten wurden vom deutschen Selbstschutz energig verteidigt. Daraufhin leitete der französische Kommandant Verhandlungen mit den Insurgenten ein und am Abend ließen sich die Polen herbei, den Rückzug anzutreten. In den von ihnen besetzten Werken haben die Insurgenten wie üblich überhand genommen, die Einrichtungen zum Teil zerstört und die Bureauis geplündert. Der dadurch dem ober-schleffischen Wirtschaftsförderer zugefügte Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Bei Hausdurchsungen, die von französischen Soldaten im Vorort Petersdorf bei Gleiwitz vorgenommen wurden, fand man im Hause eines polnischen Schüfers 14 Gewehre, einen Karabiner und Munition. Es kam zu einer Schießerei zwischen Franzosen und Insurgenten, bei der ein Franzose und ein polnischer Verlegungsarbeiter getötet wurden.

Eine Gruppe bewaffneter Insurgenten durchfuhr auf zwei Kraftwagen und einem Panzer-Kraftwagen die Hauptstraßen der Stadt Neutheben. Der Panzer-Kraftwagen, der aufgemachte Totenköpfe zeigte, war mit einem Maschinengewehr bewaffnet. Die französischen Truppen ließen die Kraftwagen ungehindert passieren.

Aus Rattowitz wird gemeldet: Vor etwa drei Wochen wurde nachts auf der Leopold-Grube eine deutsche Fabrik ausgezogen. Die Insurgenten ermittelten als Täter einen 17jährigen Arbeiter, der nunmehr vom Feldgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Mitteilungen berichten, daß die Polen im Kreis Lublitz neue Verhaftungen zusammenfassen. Ein unerhörter Terror setzt überall ein. In Rogau, Kreis Ratibor, steht ein Zug der Insurgenten unter Führung des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Verbrechers Josef Barzschka. Der polnische Abbeamtete Friedrich in Rogau requiriert bei den Heimkehrern und erprecht Summen bis zu 15000 Mark.

Die Entwaffnung bis zum 1. Mai 1921

Abgeliefert und zerstört.

Die Reichstreuehandwerksgesellschaft hat bis zum 1. Mai Gewehre und Karabiner zur Zerstörung erhalten: 4 808 300; zerstört: 4 770 800; noch auf Lager: 37 500. Maschinengewehre zur Zerstörung erhalten: 91 042; zerstört: 90 465; noch auf Lager: 577. Minenwerfer und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 22 778; zerstört: 22 334; noch auf Lager: 444. Geschütze und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 50 489; zerstört: 49 688; noch auf Lager: 801. Raketen zur Zerstörung erhalten: 26 380; zerstört: 26 395; noch auf Lager: 235. Scharfe Krümmerteilegeschosse und Minen zur Zerstörung erhalten: 36 800 000; zerstört: 28 500 000; noch auf Lager: 8 300 000. Scharfe Hand-, Wehr- und Wurfgewehre zur Zerstörung erhalten: 14 650 000; zerstört: 14 000 000; noch auf Lager: 650 000. Scharfe Jäger zur Zerstörung erhalten: 55 150 000; zerstört: 53 600 000; noch auf Lager: 1 550 000. Handwaffenmunition zur Zerstörung erhalten: 390 000 000; zerstört: 380 000 000; noch auf Lager: 10 000 000. Flugzeuge zur Zerstörung erhalten: 13 379; zerstört: 13 369; noch auf Lager: 10. Flugzeugmotoren zur Zerstörung erhalten: 23 999; zerstört: 23 845; noch auf Lager: 154.

Die Ablieferungen und Zerstörungen auf Grund des Ultimatus haben erst nach der Zusammenfassung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Dr. Birth gegen die Sanktionen.

Ein Protest aus dem Westen.

Der Reichskanzler hat einem Wiener Pressevertreter gegenüber sich über die Haltung der Entente gegen Deutschland ausgesprochen. Er betonte die Opferwilligkeit Deutschlands. „Aber unsere ehemaligen Gegner sollten auch das Ihrige tun, um an der Lösung einer Frage mitzuwirken, die vielleicht die gewaltigste ist, welche ein Volk jemals auf sich genommen hat.“

Das erste, was die Mächte der Entente tun müßten, wäre die Aufhebung der Sanktionen. Ich kann nicht begreifen, was sie bestimmt, diese Sanktionen aufrechtzuerhalten. Deutschlands ehrlicher Wille bedarf keiner Rügung. Die Sanktionen erschweren im Gegenteil das Erfüllungswerk.

Eine Fabrik zum Beispiel kann ihre Erzeugnisse nicht vom linken auf das rechte Ufer schaffen, ohne Zollschranken zu passieren und komplizierte Manipulationen vorzunehmen. Der Leistungen von der deutschen Arbeitskraft erwartet, darf nicht solche Wunden offen halten. Ebenso ist eine Lösung nötig, daß die ober-schleffische Frage eine Lösung findet, gemäß den gerechten Ansprüchen Deutschlands, die sich auf das Ergebnis der Volksabstimmung gründen.“

Aus den betroffenen Gebieten

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden beschloß auf seinem diesjährigen Verbandstag in Hagen eine Entschlie-ßung, in der die Wirkung der Sanktionen als geradezu verheerend erklärt wird. Die zuständigen Stellen werden gebeten, alles zu tun, um baldigst das Ende der Sanktionen herbeizuführen.

Der neue Orientkrieg.

Erste Niederlage der Griechen

Ein griechischer Kriegsbericht meldet, daß während einer Umgruppierung der griechischen Truppen in der Gegend von Nikomedia eine griechische Abteilung von Türken angegriffen und „in eine kriechende Lage“ veretzt sei. Die Abteilung hat 200 Mann an Toten und Verwundeten verloren.

Nach der „Agence Havas“ haben sich die Griechen auf Ismid am Marmarameer zurückgezogen, das sie aber ebenfalls am 24. Juni den Türken überlassen mußten. Ein englischer Kreuzer ist nach Ismid abgegangen, um die alliierten Staatsangehörigen an Bord zu nehmen.

Eine englische Meldung spricht von einer Wiedereinnahme von Ismid durch die Griechen, die die Stadt nun solange halten wollen, bis die Einschiffung der Flüchtlinge beendet ist. Es scheint sich um ein Entgegenkommen der Türken gegenüber den Engländern zu handeln.

Walter Sami Del, der frühere Minister des Äußeren der Regierung von Angora ist auf seiner im Auftrage Kemal unternehmenen Reise in Paris eingetroffen. Auch der nationalistische Führer Diyal Arif Del weist zurzeit in Paris.

In Paris liegen Meldungen vor, nach denen Orientland auch an Sowjetrußland den Krieg erklärt haben soll. Die Kriegserklärung sei radiotelegraphisch bereits nach Moskau übermittelt worden. Ihre Ursache sei darin zu erblicken, daß an der Front von Smyrna russische Truppeneinheiten sowie Munitionsendungen festgestellt wurden. Der Abschluß eines Militärabkommens zwischen der Regierung von Angora und Sowjetrußland habe die Kriegserklärung veranlaßt.

Deutscher Reichstag.

1196. Sitzung. 24. Berlin, 28. Juni.

Die heutige Sitzung wurde mit der Erledigung kleiner Anfragen eröffnet.

Abg. Dr. Munz (Deutschl.) fragte an, ob die Reichsregierung bereit sei, in der Nähe großer Städte Wohnsiedlungen für vermögenslose, linderreiche Familien aller Stände mit ausreichendem Lande für Selbstverforgung zu schaffen. Von der

Regierung wurde erwidert, daß die mangelhafte Unterbringung linderreicher Familien von der Regierung bedauert werde. Die Gründe lägen in der Vorkriegszeit zurück. Geringe Maßnahmen sind im Rahmen der Zuverlässigkeit des Reiches getroffen. Wohnsiedlungen zu schaffen, sei Sache der Länder. Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) wollte wissen, ob zur Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen herangezogen werden sollen. Von der Regierung wurde dies verneint. Abg. Hense (Deutschl.) fragte an, wann ein Verleumdungsgesetz vorgelegt werden würde. Die Antwort darauf besagt, daß ein solches Gesetz dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliege. Abg. Schulz-Bromberg (Deutschl.) fragte, was die Regierung zu tun gedenke, nachdem die polnische Regierung den deutschen Domänenpächtern in den abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen das Pachtverhältnis zum 1. Juli gekündigt habe und sie aus den Domänen vertriebe. Von der Regierung wurde entgegnet, daß die Regierung Schritte getan habe, die nicht ohne Wirkung geblieben zu sein scheinen. Falls diese Schritte nicht ausreichen, werde die Regierung Repressalien ergreifen, soweit es in ihrer Macht liege.

Darauf wurde die Vorlage über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht in 2. und 3. Lesung erledigt. Die Geltungsdauer wurde bis zum 1. Januar 1923 bemessen. Außerdem kam man zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtragsetats.

Der Ausnahmezustand

Beim Handhabe des Reichsministeriums des Innern befragte sich der Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.) über den Ausnahmezustand in Ostpreußen und Bayern. Der Redner schloß mit der Erklärung: Wir sprechen dem Minister Gradnauer unser höchstes Mißtrauen aus.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer erwiderte: Ich habe im Namen der Reichsregierung gestern erklärt, daß der Ausnahmezustand so schnell wie möglich abgehoben werden müsse. In einer Koalitionsregierung muß ich versuchen, meine persönliche Meinung möglichst durchzusetzen. Das habe ich gerade auf diesem Gebiete in weitestem Umfange getan. Aber die Tatsache bleibt, daß die Mehrheit dieses Hauses die sofortige Aufhebung abgelehnt hat, ebenso haben verschiedene Landesregierungen diese Meinung. Diese Ansichten muß auch ich achten, und ich muß mit den Landesregierungen verhandeln.

Abg. Müller-Branken (Soz.) trat den Ausführungen des Ministers bei.

Abg. Dr. Weyer (Komm.) verlangte sofortige Aufhebung aller Ausnahmezustände, die sich besonders gegen die Kommunisten richten. Zwe die Regierung dies nicht, so müßten die revolutionären Parteien selbst den Kampf aufnehmen.

Der Fall Jagow

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam der Reichsjustizminister Schiffer auf den Fall des Herrn von Jagow zu sprechen, der in der Rappregierung Minister des Innern war. Von Jagow ist nicht in Untersuchungshaft genommen worden, weil er krank sei. Demgegenüber hat Herr von Jagow erklärt, daß er seit 2 Jahren nicht einen Tag krank gewesen sei. Der Reichsjustizminister wies aus den Akten nach, daß der Herr von Jagow seit dem 1. März 1918 krank gemacht hat, sein Knie sei an Tuberkulose und an Schwellung der Leber. Daraufhin sei Herr von Jagow gegen eine Sicherstellung von 500 000 Mark von der Untersuchungshaft verdonnert geblieben. Außerdem verlas der Reichsjustizminister das Zeugnis eines Charlottemburger Arztes, wonach Herr von Jagow sich viel in frischer Luft bewegen und lange Abreibungen erhalten müsse. Hier brach große Heiterkeit aus, und von der äußersten Linken wurde ausgerufen: „Ein gesunder Junge!“ Auf den von der äußersten Linken gemachten Zuruf, die angeführte Krankheit des Herrn von Jagow sei eine Blamage für die Reichsjustizverwaltung, erwiderte der Reichsjustizminister: Wie kann die Krankheit des Herrn von Jagow eine Blamage für uns sein. Sie ist geeignet, die menschliche Teilnahme zu wecken, aber etwas anderes nicht.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) hielt dem Reichsjustizminister vor, daß er damals den Teilnehmern in der Rappregierung im voraus Straffreiheit zugesichert habe.

Die einzelnen Forderungen des Nachtragsetats für das Reichsministerium des Innern wurden hierauf bewilligt, ferner wurde eine von der äußersten Linken eingebrachte Entschlie-ßung, durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen Deutschlands gefordert wird, mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die Parteien der Linken abgelehnt.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Ledne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

„Wie konnte das geschehen?“
Er gab ihr Bescheid; sie hatte den Sinn seiner Worte nicht klar erfasst.

„Wo wartet denn Ihr?“ leuchtete sie, „hat denn niemand acht gegeben, daß mein Kind, mein schönes, unglückliches Kind einen so elenden Tod finden mußte! Warum antwortest Du denn nicht? — O, Ihr alle, Ihr alle tragt die Schuld daran!“ Schrie sie gellend auf.

Schon drückte sich die Dienerschaft vor der offenen Tür herum.

„Klage nicht an, Vella!“ sagte Rüdiger, „beschwere niemand mit einem solchen Vorwurf! Es ist ein unglücklicher Zufall, Thellas eigene Unvorsichtigkeit.“

„Ah, Du hast sie nie gemocht! Und nun beschuldigst Du mein armes Kind, das sich nicht mehr verteidigen kann! — Wo warst denn Du, Rüdiger? Und der Vater —? Euch mache ich verantwortlich.“

Er redete nicht mit ihren Worten; sie war ja eine in ihren tiefsten Tiefen erschütterte Frau, die nie im Leben etwas Trübes erfahren hatte, und nun doppelt leiden mußte.

Erschüttert beugte er sich zu ihr nieder und wollte sie emporheben; doch sie ließ ihn von sich.

Da trat Ottolar zu ihr, schwankenden Schrittes; um Jahre gealtert sah er aus.

„Vella,“ in halberstimmtem Stöhnen rang sich ihr Name von seinen Lippen.

Sissi weinte bitterlich und hinkte auf sie zu.

„Mama, liebe Mama! Die arme Titi!“

Doch die Gräfin rief außer sich:

„Da, die arme Titi — sie mußte gehen! Warum nicht Du?“

Da wurde das Kind totendblich und stürzte die Mutter mit einem so herzzerreißenden Blick an, daß es Rüdiger in die Seele schnitt; ihr Weinen verstummte, und mit einer verzweifeltten Gebärde warf sie sich dem Vater leise wimmernd in die Arme.

In Rüdiger quoll ein heißer Jörn auf. Das hätte Vella auch in ihrem größten Schmerze nie sagen dürfen! Nie konnte sie, verantwortlich, was sie mit diesen Worten in ihres Kindes Seele vernichtet hatte. War sie denn ganz von Sinnen?

Da richtete sich Vella auf. Ein plötzliches Erinnern kam ihr.

„Wo ist die Berger?“

„Sie ist noch lebend, Vella! Du kannst sie jetzt nicht fragen!“

„Ich habe Dir ja bereits alles mitgeteilt! Willst Du nicht erst nach Offi sehen? Der Arzt ist bei ihm!“ sagte Rüdiger.

„Die Berger soll kommen!“ beharrte sie eigenmächtig, „sie

soll kommen! Von ihr selbst will ich hören, wie sich alles zuge- tragen hat.“

Wah und zitternd, mit Tränen in den Augen, stand Lori dann vor ihr.

„Ich habe Thella nicht mehr retten können!“ flüsterte sie, „es ging über meine Kraft.“

Gräfin Vella stürzte auf sie zu, faßte sie fest an den Oberarmen und schüttelte sie.

„Gib mir mein Kind wieder!“ schrie sie, „von Dir fordere ich es — Du bist verantwortlich gewesen — Du trägst die Schuld.“

Wimmernd sank das junge Mädchen in die Knie.

„Ich habe keine Schuld.“

„Ohnen waren die Kinder anvertraut. Da sträflichem Ver- dacht haben Sie Ihre Pflicht vergessen.“

Schmerzlich schrie Lori da auf und legte die Hand vor das Gesicht.

Der Griff der Frau tat ihr so weh; mit eiserner Gewalt und einer Kraft, die man ihnen nicht zugestrand, hatten sich Vellas zarte Fingerringen in ihren Arm gedrückt. Wollend schrie ihr die Gräfin eine Flut von Anklagen ins Gesicht.

Da riß Rüdiger das wehrlose Mädchen in seine schützenden Arme.

„Schweige, Vella, mit Deinen ungeredeten Vorwürfen!“

zürnte er, „auf den Knien müßt ihr Du Bräulein Berger danken, daß sie die wenigstens eins Deiner Kinder gerettet hat!“

„Ich selbst bin heute gewesen, wie Du ihr streng befohlen hast, im Zimmer zu bleiben und Sissi zu beaufsichtigen!“ Und wäre sie diesem Gebot nicht doch infolge einer inneren Unruhe un- gehorham geworden, so hättest Du auch noch den Tod Deines Sohnes zu beklagen gehabt und hättest niemand verantwortlich machen können! Mit Nichtachtung ihres eigenen Lebens hat Bräulein Berger Dir Offi gerettet — und das ist Dein Dank!“

Best und hart hielt er Lore im Arm, um sie vor dem An- griff der anderen zu schützen. Er fühlte ihr armes, geängstigtes Herz ungestüm an dem seinen klopfen und beruhigend drückte er sie an sich. Doch Vella achtete seiner Worte nicht; sie schrie und erging sich in sinnlosen Anklagen.

„O, daß ich einen Vater hätte, der mich vor diesen unge- rechten Vorwürfen schützt!“ jammerte Lore. Sie war dem Umsinken nahe.

„Seien Sie ruhig, Kind! Wir wissen alle, was Sie ge- tan haben!“ Rüdiger sprach ihr mit seiner gütigen Stimme be- ruhigend zu. „Ewig wird unsere Familie in Ihrer Schuld bleiben!“

Sein Mißleid mit der Schwägerin machte dem Gefühl einer zornigen Empörung Platz angefaßt einer solchen Ungerechtigkeit.

„Mir aus den Augen!“ rief die Gräfin außer sich, „ich kann sie nicht mehr sehen, die Schuld am Tode meines Kindes ist

— sie verläßt mein Haus noch heute — trotzdem Du Dich als ihr Ritter und Beschützer aufspielst.“

„Das wird sie nicht!“ entschied Rüdiger, „die Ketterin Deines Kindes hinausjagen — schlägst Du so aller Gerechtig- keit ins Gesicht? Sprichst Du aller Dankbarkeit hohn? Ich habe mich Bräulein Bergers angenommen, wie ich bei jedem zu handeln pflege, der Unrecht erleiden muß. — Ottolar, hast Du denn kein Wort für das Mädchen, dem Du so viel zu danken hast?“

Vorwurfswoll wandte er sich an seinen Bruder, der so schwach und unmannlich den Vorwürfen seiner Frau nicht Ein- halt gebieten konnte.

„Ich will Lore Berger halten, als sei sie mein eigenes Kind! Sie soll sagen, was sie begehrt! Alles will ich ihr geben, weil sie mit meinem Sohn gerettet hat!“ sagte er jetzt mit schwankender Stimme, glug auf Lore zu, schloß sie in die Arme und drückte einen Kuß auf ihre Stirn.

Die Gräfin brach in ein hysterisches Lachen aus, das dann in ein triumphhaftes Schlingen überging.

„Ich begehre nur das eine: daß man mich noch heute nach dem Wunsch der Frau Gräfin gehen läßt!“ entgegnete Lore, „nicht um alles in der Welt kann ich nach dem, was ich habe hören müssen, noch eine Stunde hier bleiben.“

Sie wollte an das Lager des jungen, frühvollendeten Kindes und ersuchte dessen erlaltete Hand.

„Du wegst jetzt vielleicht, wie gern ich Dich gerettet, wie gern ich jetzt an Deiner Stelle wäre! Wie schweres Unrecht die Vorwürfe sind, die man mir gemacht — Du wegst es!“ flüsterte sie mit zuckenden Lippen, den tränenvollen Blick auf das ent- stellte Gesicht Thellas gerichtet. Und noch einmal: „Du wegst es!“

In schlichter Größe stand sie da.

Ihre Gedanken waren weit weg, man sah es an dem fremden Ausdruck ihres Antlitzes, über das ein Erschrecken ging, als Rüdiger sie jetzt anredete, und sie bestimmen wollte, doch zu bleiben.

Sie schüttelte den Kopf.

„Rein! Ich kann nicht bleiben. Nur Offi möchte ich noch einmal sehen!“ bot sie mit verlagener Stimme.

Vor seinem Bett sank sie nieder. Er lag in friedlichem Schlummer — er schlief wohl seiner Genesung entgegen. Sie presste die brennenden Augen auf die seltsame Decke. Wie schwer wurde es ihr doch, fortzugehen — wie mit tausend Armen fühlte sie sich gehalten — und doch brannte ihr der Boden unter den Füßen. Sie mußte fort — gleich — trotz der körperlichen Schwäche, der sie kaum noch Herr werden konnte. Alles drehte sich um sie; große feurige Ringe kreisten vor ihren Augen.

Doch mit Bettos Hilfe hatte sie bald ihren Anzug vollendet.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Abbau des Ausnahmezustandes

Reichsminister des Innern Dr. Grabner erklärte im Plenarsitzung des Reichstages zur Frage des Ausnahmezustandes: Der Kanzler habe sich dafür eingesetzt, daß baldmöglichst der Abbau des Ausnahmezustandes erreicht werden möge. Die Regierung sei durchaus gewillt, an dieser Aufgabe festzuhalten. Aber es lasse sich nicht verkennen, daß der Weg schwierig sei. Man werde hoffentlich bald in der Provinz Sachsen und in Bayern auf den normalen Zustand zurückkommen.

Zwangsversicherung und Wochenhilfe.

Im Reichstag wurde der Gesetzentwurf über anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Zwangsversicherung und der Gewerbesteuer betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge angenommen. An die Stelle der bisherigen Zuschüsse zu den Renten treten erhöhte gesetzliche Bezüge. Durch die neue Wochenhilfe und -fürsorge soll u. a. der einmalige Beitrag für die Entbindungskosten von 50 auf 100 Mark erhöht werden. Die Einkommensgrenze für die Unterstützung wurde bis auf 10.000 Mark erhöht.

Das verdeckte Heeresgerät.

Der Reichstag stimmte einem Gesetzentwurf zu, der abermals die Herausgabe noch verdeckt gehaltenen Gerätes der Militärfliegerstaffeln beschleunigen will. Er fällt sich an die früheren Gesetze dieser Art an, verschärft die Strafen, wenn auch eine weitgehende Amnestie schließt sich an, und macht auch denjenigen angezeigepflichtig, der Kenntnis von dem Verbergen erhalten hat. Die Anzeige soll bis zum 15. August bei dem vom Reichswehrminister zu bestimmenden Behörden erfolgen.

Deutsche Reparationszahlungen.

Eine neue Zahlung Deutschlands in Höhe von 44 Millionen Goldmark wird von der Reparationskommission in diesen Tagen erwartet. Wie gemeldet, hat die Kommission festgestellt, daß die künftigen Zahlungen Deutschlands in europäischer Währung vorzunehmen werden. Man glaubt, daß die zu erwartenden 44 Millionen in französischen und belgischen Franken, in englischen Pfunden, italienischen Liren, holländischen Gulden und auch in Dollar eingezahlt werden würden. Die bisherigen Zahlungen erreichten die Gesamthöhe von 24 Millionen. Die Restsumme ist in Wons zu zehn Millionen Dollar bei der Reparationskommission hinterlegt worden.

Umsatzer der Schlichtungsordnung.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm folgende über den Regierungsentwurf hinausgehende Fassung der Schlichtungsordnung mit großer Mehrheit an: Für die Schlichtungsordnung ist eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen sowie die Zustimmung von mindestens der Hälfte der Arbeitgebervertreter und der Arbeitnehmervertreter erforderlich. Der Ausschuss richtete ferner eine Resolution an die Reichsregierung, die Vorlegung des Entwurfes eines Arbeitsgerichtsgesetzes derart zu beschleunigen, daß die Arbeitsgerichte mit den Schlichtungsbehörden möglichst gleichzeitig ihre Arbeit aufnehmen können.

Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold.

Mit einer Mehrheit von einer Stimme hat der Reichstag den Antrag abgelehnt, der die kleine Schwarz-rot-goldene Ecke aus der Schwarz-weiß-roten Handelsflagge entfernen sollte. Für Entfernung der Schwarz-rot-goldenen Ecke stimmten 20 Abgeordnete, dagegen 201. Man sieht übrigens an, daß die abermalige Flaggenänderung würde eine Revision der Verfassung bedeuten, wäre eine Zweidrittelmehrheit für die Entfernung notwendig gewesen. Die rein Schwarz-weiß-rote Flagge bleibt noch bis 31. Dezember 1921.

Der Tod des Grafen Mirbach-Sorquitten.

Auf dem Gute Sorquitten erfolgte der Sturz des bekannten Politikers im 82. Lebensjahre. Er hat als Leutnant im 1. Garde-Dragoon-Regiment den Feldzug gegen Österreich mitgemacht und wurde 1874 in das Herrenhaus berufen. In den achtziger Jahren gehörte er dem Reichstag an, beendete sich dort an führender Stelle und wirkte auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag weiter für die konservativ-parteiliche Partei. Graf Mirbach ist auch schriftstellerisch auf wirtschaftspolitischem Gebiet hervorgetreten.

Großbritannien.

× Für die Abrüstung. In London fand die erste Sitzung des Internationalen Kongresses der Handelskammern statt. Zwanzig Staaten waren vertreten. Besford, der Präsident der Standard Oil Company, erklärte, daß die amerikanischen Kaufleute lebhaft wünschten, mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der Welt mitzuwirken. Aber die verschiedenen Regierungen müßten den unproduktiven Ausgaben jeder Art ein Ende machen. Die ganze Menschheit verlange die Abrüstung. Die Verwirklichung dieser Idee sei eine Pflicht, die jeden Staatsmann der Welt angehe.

Rußland.

× Die Spaltung in der Sowjetpartei. Die Sitzung des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale soll beweisen haben, daß die Spaltung in der russischen kommunistischen Partei endgültig ist. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern Lenins und den Extremisten; obgleich Lenin die stärkste Unterstützung von Seiten der Delegierten der deutschen Kommunisten erhielt, haben die Extremisten einen Sieg davongetragen, da ihr Kandidat Budarin an Stelle des zurückgetretenen Sinowjew zum Präsidenten der Internationale ernannt wurde.

Nordamerika.

× Badiger Friedensschluß mit Deutschland. Wie Meldungen aus Washington belagern, erklärten die republikanischen Führer, daß ein Abkommen über die miteinander konkurrierenden Entschuldigungen Anz und Porter bezüglich Beendigung des Krieges mit Deutschland und Österreich erzielt worden sei. Sie sagen voraus, daß dieses Abkommen im Namen des Senats und des Repräsentantenhauses auf der nächsten Konferenz von Vertretern der beiden Häuser formell angenommen werden wird. Man hofft, daß die Vereinigten Staaten sich am 4. Juni mit Deutschland im Friedenszustand befinden werden.

Nah und Fern.

× Angriff französischer Besatzungstruppen auf ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Unter Führung eines Oberleutnants haben 50 bis 60 Mann französischer Abenteurer

dieser Tage das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kaiserberg in Duisburg zu stürzen versucht. Nach einer aufreizenden Ansprache des Offiziers erkletterten die Mannschaften das Denkmal und bearbeiteten es mit Stöcken. Obwohl die Verfolgung sofort aufgenommen wurde, gelang es den von Heldennut besetzten, tapferen Kriegerstaffel, zu entkommen.

× Eisenbahnunglück bei Krahan. In der Nähe der Stadt Krahan stieß ein Personenzug mit einem Arbeiterzug zusammen. Die Lokomotive und zwei Waggons wurden vollkommen zertrümmert. Zwei Personen waren auf der Stelle tot, 10 wurden schwer, 25 leicht verletzt.

× Gemeinnützige Stiftungen des Präsidenten Masaryk. Der Präsident der Tschechoslowakei hat aus dem Anlaß seines 70. Geburtstages im vorigen Jahre geschaffenen Masaryk-Fonds der deutschen Hochschullugend in der Tschechoslowakei 3 Millionen Kronen und der Reichsgesellschaft der deutschen Journalisten in der Tschechoslowakei 200.000 Kronen überwiesen.

× Blitzschlag in eine Funktion. Die Station der drahtlosen Telegraphie in Arlington wurde vom Blitz getroffen. Der Schaden ist noch nicht genau festzustellen, aber es scheint ziemlich sicher, daß die Station vorläufig nicht arbeiten kann.

Neueste Meldungen.

Besseres Wetter in Sicht.

Berlin. Die plötzliche Abkühlung der Temperatur, die nach den wenigen warmen Tagen eingetreten ist, wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein. In wenigen Tagen wird die rauhe und kalte Witterung endgültig weichen und sommerliches Wetter eintreten.

Der Reichstag.

Berlin. Wie verlautet, wird der Reichstag sich nicht, wie ursprünglich geplant, am 2. Juli versammeln, sondern in der nächsten Woche nach weiteren Sitzungen abhalten, da eine Reihe wichtiger Gegenstände noch zur Beratung anstehen.

Die „Sanktionen“ im Reichstag.

Berlin. Bei der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde beschlossen, die Sanktionen im Laufe dieser Woche auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen. Bei allen Parteien besteht der Wunsch, daß der Reichstag sich mit der Vorlegung der Sanktionen, die von der Regierung aus mit Rücksicht darauf hinzuweisen, daß die Fortdauer der Verletzung von Versailles, die von vornherein dem Vertrag von Versailles widerspricht, jetzt nach der Annahme des Ultimatus eine durch nichts zu beschönigende Willkür sei, die raschstens beseitigt werden müsse. Es soll vor allem auf den schweren wirtschaftlichen Schaden hingewiesen werden, der durch die Verletzung der drei Städte der deutschen Wirtschaft anbauend zugefügt wird.

Das Gesetz über die Schäden im Ausland.

Berlin. Der 21. Ausschuss des Reichstages hat heute in erster Lesung das Auslandsschadengesetz im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Nur der § 19, der von den Bezugsberechtigten von Beihilfen und von der Höhe der letzteren handelt, erfährt eine weitgehende Abänderung.

Abtransport internierter Russen.

Berlin. Der Abtransport der im August vorigen Jahres nach Ostpreußen übergetretenen 20.000 Angehörigen der russischen Sowjetarmee ist auf dem Landwege von Rüdamm nach Riga und auf dem Seewege von Stettin nach Rarwa über Petersburg im wesentlichen beendet. Zurückgeblieben sind 500 Kranke.

Neuer Polenterror.

Katibor. Hier eintreffende Nachrichten berichten, daß die Polen im Kreis Anklam neue Verhaftungen zusammenziehen. Ein unerhörter Terror setzt überall ein. In Rogau, Kreis Anklam, steht ein Zug der Insurgenten unter Führung des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Verbrochters Josef Barzelska. Die Polenführer halten in den Dörfern Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung würden sie den Kampf gegen Deutschland von neuem beginnen. Aus Katibor treffen Flüchtlinge ein, denen in den letzten Tagen polnische Gefangenschaftsbefehle zugestellt worden waren. Die deutsche Bevölkerung rechts der Oder befindet sich in großer Verlegenheit vor den kommenden Ereignissen. Jährliche Personen treffen in Katibor ein, um das Notwendige einzukaufen.

Englisch-japanisches Bündnis.

London. „Daily Express“ zufolge hat die britische Regierung der japanischen Regierung vorgeschlagen, daß der Bündnisvertrag vom Juli ab weitere 3 Monate in Kraft bleibe, während die Konferenz der Dominionpremierminister ihre Erörterungen über die auswärtige Politik abschließt.

Der Präsident von Irland.

Dublin. Das irische Parlament teilt mit, daß Präsident de Valera das Schreiben Lord Georges erhalten hat und „zu gegebener Zeit“ eine Antwort darauf erteilen wird.

Letzte Drahtberichte

des „Waldrauer Tageblattes“.

Die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern.

München, 29. Juni. (tu.) Entsprechend der Forderung der Reichsregierung hat die bayr. Staatsregierung nunmehr eine Verordnung erlassen, in der es unter anderem heißt: Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 87 und 88 des Friedensvertrages vom 22. 3. 21 sowie in Verfolg der Annahme des Londoner Ultimatus vom 5. Mai 1921 werden die Einwohnerwehren innerhalb des Reichsstaates Bayern für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50.000 M oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder zur Festungshaft bis zur gleichen Dauer bestraft.

Ein Abschiedswort Eberichs.

München, 29. Juni. (tu.) Eberich hat an die Kreis- und Gau-Hauptleute ein Abschiedswort gerichtet, worin es heißt, daß er nunmehr sein Ehrenamt als Landeshauptmann in die Hände derjenigen zurücklegt, deren Vertrauen ihn zu diesem Posten berufen haben.

Handelserleichterung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

München, 29. Juni. (tu.) Die angekündigte umfangreiche Erweiterung der Freiliste zu dem Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist jetzt erfolgt. Unter dem Druck der schweren Geschäftskodungen, die infolge der Zwangsmaßnahmen bei manchen Stellen der rheinischen Wirtschaft eingetreten sind, hat die Rheinlandkommission erlaubt und für eine ganze Reihe von Waren, insbesondere für solche der Textilindustrie, die Ausfuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet von jeder Genehmigungspflicht befreit. Eine weitere Erleichterung ist auch für den Verkehr zwischen den Banken des besetzten und unbesetzten Gebietes angeordnet worden. Die Rheinland-Kommission hat außerdem eine Freiliste zusammengestellt, die für die Einfuhr über alle Grenzen des besetzten Gebietes Geltung hat, also sowohl für die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland und aus dem Ausland. Soweit sich diese letztere Freiliste auf den Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland bezieht, ist auch sie selbstverständlich zu begründen. Ihre Ausdehnung auf die westliche Reichsgrenze aber bedeutet eine Öffnung dieser Grenzen für

zahlreiche Artikel, deren Einfuhr die deutsche Leistungsfähigkeit und dadurch auch die Fähigkeit Deutschlands zur Reparation außerordentlich schwächen müßten. So bringen die neuen Beschlüsse der Rheinland-Kommission jenen, die von ihnen etwa eine liberale Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen und einen Anfang zum ernsthaften Abbau der Zwangsmaßnahmen erwarteten, wiederum eine neue Enttäuschung.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen des Kreis-Rathes nehmen wie immer herzlich entgegen.

Wilsdruff, am 29. Juni.

— Tagesordnung für die Stadtverordnetenversammlung Donnerstag, den 30. Juni 1921, nachmittags 7 Uhr: 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Verordnungen des Ministeriums des Innern, Erhöhung der Nahrungsmittelüberwachungsgebühren betr. 3. Gesuch des Erwerbslosenrats vom 4. Juni 1921. Beihilfen betr. 4. Fünftes Nachtrag zum Sparplanregulativ. 5. Baufostenzuschüsse 1920-21. 6. Personalsachen. 7. Wasserzins betr.

— Die näheren Bestimmungen über die Ferienonderzüge nach Hamburg und der Ostsee sind erschienen und können wie auf allen Bahnhaltungen in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

— Der Bezirksobstbauverein Wilsdruff und Umgegend hält nächsten Freitag nachmittags 4 Uhr im „Löwen“ eine Bezirksversammlung mit reichhaltiger Tagesordnung ab. (Vgl. Inf.)

— Neuer Schweigertarif. Für die Kreisbauernschaft Dresden ist ein neuer Schweigertarif mit Wirkung ab 1. Juni abgeschlossen worden.

— Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushaltsausschuss beriet am Dienstag im Beisein von Regierungsvertretern den Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme der persönlichen Volksschulden auf die Staatskasse. Die Beschlüsse lauten im allgemeinen auf Annahme der Bestimmungen nach der Regierungsvorlage. Der Rechtsausschuss beendete die Beratungen über die Gewerbesteuerreform. Es ergaben sich lebhafteste Zweifel an der Notwendigkeit des ganzen Gesetzes und an der Zweckmäßigkeit zahlreicher Einzelbestimmungen. Die durchweg rein sachlich begründeten Abänderungsvorschläge, die von den bürgerlichen Abgeordneten gestellt wurden, wurden von den Linksparteien abgelehnt und das Gesetz im wesentlichen nach der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter angenommen. Die abgelehnten Abänderungsanträge waren insbesondere auch solche, die im Interesse der Gemeinden gestellt worden waren.

— Verstöße gegen Bodvorschriften. Das Arbeitsministerium hat im Verfolg eingegangener Beschwerden, daß wider die Reichsverordnung vom 23. November 1918 in Bäckereien und Konditoreien häufig und absichtlich in steigendem Umfange der Betrieb zur Semmelherstellung schon früh vor 6 Uhr aufgenommen und Sonntags und festtags unerlaubterweise Konditorwaren hergestellt werden, kürzlich die Polizeibehörden und Gewerbeaufsichtsämter zu aufmerksamer Ueberwachung und gegebenenfalls strafrechtlicher Verfolgung von ermittelten Zuwiderhandlungen angewiesen. Dabei soll auch nicht übersehen werden, daß die Vorschriften vom 23. November 1918 auch für Betriebe gelten, in denen der Inhaber nur allein oder lediglich mit Familienangehörigen arbeitet.

— Schützt die jungen Eingögel. Jeder Vogelliebhaber wird beobachtet haben, daß in diesem Jahre die Eingögel in großer Anzahl auftreten und daß der junge Nachwuchs diesmal besonders zahlreich ist. In derselben Weise ist beobachtet worden, daß sich die Raben heuer ganz besonders unangenehm bemerkbar machen. In einzelnen Gärten haben sie unter der jungen Vogelwelt geradezu gewütet. Es ist die Pflicht eines jeden Rabenbesizers, seine Tiere in ganz besondere Obacht zu nehmen, denn den Vögeln gegenüber kann auch die harmloseste Hausfalle ihren Raubtierinstinkt nicht bezähmen. Verschickt hier nicht Abhilfe, kann man es den Gartenbesizern nicht verdenken, wenn sie zum Schutze der Vogelwelt mit allen erdenklichen Mitteln den Raben nachstellen.

— Ministerworte als Strafausschließungsgrund. Im Herbst vorigen Jahres waren in der Gemeinde Mohlsdorf bei Burgstädt unter Leitung eines selbstgewählten Führers etwa 50 Einwohner in die Bauerngehöfte gezogen und hatten dort den Bauern die Kartoffeln weggenommen und zu einem von ihnen selbst festgesetzten ganz niedrigen Preise zwangsweise verkauft. Die Beteiligten hatten sich nunmehr vor dem Burgstädter Schöffengericht zu verantworten. Sie führten zur Entschuldigung an, daß sie sich zu ihrem Vorgehen berechtigt glaubten, auf Grund einer Aeußerung des Wirtschaftsministers Schwarz, der bekanntlich im Oktober vorigen Jahres in einer Rede öffentlich erklärt hatte: „Denjenigen Landwirten, die trotz der beschlossenen Kartoffelpreisermäßigung ihre Kartoffeln teurer verkaufen, kann und wird die Regierung nicht helfen, wenn das Volk zur Selbsthilfe gegen sie schreitet!“ Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei. Es stellte fest in der Urteilsbegründung, daß zweifellos eine strafbare Handlung in den Zwangsenteignungen vorliege, daß aber die Angeklagten sich dieser strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen und daß sie durch die Ausführungen des Wirtschaftsministers Schwarz mit in ihrer Ansicht, daß ihre Handlungsweise straflos sei, bestärkt worden seien. (1) — Wahrscheinlich wird das Burgstädter Urteil nicht das endgültige in dieser Angelegenheit sein.

× Flugpostpakete nach Holland, dem Danziger und dem Memelgebiet. Vom 1. Juli an werden im Flugpostverkehr mit Holland, dem Danziger und dem Memelgebiet auch Pakete ausgetauscht. Gleichzeitig wird mit dem Memelgebiet der Flugpostverkehr aufgenommen, der mit Danzig bereits seit dem 10. Juni besteht. Es sind nun dringende Pakete zulässig. Im Verkehr mit Holland dürfen sie nicht länger oder breiter als 40 cm sein und nicht mehr als 5 Kilogramm wiegen. Gebühr 25 Mt. Flugzuschlag für jedes angefangene Kilogramm, neben der Gebühr für ein dringendes Paket. Flugpostpakete nach dem Danziger und Memelgebiet dürfen in Länge und Breite 60 cm nicht überschreiten und kosten 10 Mark Flugzuschlag für jedes angefangene Kilo neben der Gebühr für ein dringendes Paket. Die Hollabfertigung wird, soweit es die Postvorschriften zulassen, noch am Freitag zu Ende geführt, so daß die Sendungen in den meisten Fällen noch an diesem Tag in die Hände der Empfänger gelangen. Im Flugpostverkehr werden mit dem Memelgebiet werden dieselben Gebühren wie im Inlandsverkehr und im Verkehr mit dem Danziger Gebiet erhoben.

— Wem gehören die Friedhöfe? Zu der jetzt viel umstrittenen Frage der den Kirchengemeinden gehörigen Friedhöfe, die dieser Tage auch den Landtag beschäftigte, hat das Justizministerium in einem Gutachten Stellung genommen. Danach untersteht das Eigentum an den Friedhöfen als Privateigentum grundsätzlich den dafür geltenden Rechtsnormen, wovon ohne weiteres folgt, daß der Kirche kraft ihres Eigentums an den Friedhöfen das Recht zusteht, sie zu verwalten und Anordnungen über ihre Benutzung zu treffen. Allerdings werden die Friedhöfe nur bis zu einem gewissen Grade von den Regeln des Privatverkehrs beherrscht, denn sie sind dem öffentlichen Gebrauch gewidmet. Allein diese Eigenschaft entzieht sie dem

bürgerlichen Verkehr nicht schlechthin und beschränkt das Privat-
eigentum nur. Weiter sagt das Gutachten, daß alle, die die
Friedhöfe benutzen, den von der Kirche als der Herrin der Fried-
höfe erlassenen Anordnungen sich zu unterwerfen haben, gleich-
viel, ob sie Mitglieder der Kirche sind oder nicht. Es dürfe je-
doch nicht außer acht gelassen werden, daß das Bestattungs-
wesen als solches ausschließlich dem öffentlichen Rechte unter-
steht. Den Andersgläubigen steht nach dem Kirchensteuergesetz
ein gesetzlicher Anspruch auf Mitbenutzung der kirchlichen Fried-
höfe zu. Nicht unbestritten ist jedoch die Frage, ob die Kirche
durch Polizeivorschriften gezwungen werden kann, die mit den
Beerdigungen Andersgläubiger verbundenen besonderen Feier-
lichkeiten zu dulden. Das sächsische Ministerium neigt dazu, diese
Frage zu bejahen, betont aber, es werde unzulässig sein, ein
Leichenbegängnis zu kirchensyndicalen oder politischen Kund-
gebungen zu mißbrauchen. Nach allem glaubt das sächsische
Justizministerium, daß die Landesregierung befugt sei, Bestim-
mungen über die Benutzung der Friedhöfe auch im Widerspruch
mit etwaigen kirchlichen Bestimmungen zu erlassen.

4. Sächs. Kreisratstag 16. bis 18. Juli 1921. Ober-
bürgermeister Blüher hat als 1. Ehrendirektor des Ehren-
auschusses dessen Bildung übernommen. Sämtliche Herren,
47 an der Zahl, die den führenden Kreisen der Regierung, der
städtischen Behörden, dem Heere, der Finanz- und Volkswirt-
schaft, dem Handel und Gewerbe, der Wissenschaft und Kunst,
der Presse usw. angehören, haben zugesagt. Ehrendirektoren sind
Oberbürgermeister Blüher, Ministerpräsident Bud. Kreishaupt-
mann Dr. Krug v. Ribba und v. Falkenstein und Stadtverord-
neten-Vorsitzer Nische.

Regimentstag der 133er und Denkmalsweihe. Der
Berein ehemaliger 133er in Zwickau hat für den 24., 25. und
26. September die Abhaltung eines Regimentstages ehemaliger
133er beschlossen. Mit diesem wird am 25. September die Weihe
des Denkmals für die im Weltkriege gefallenen Regimentsange-
hörigen verbunden.

Bereinsung ehem. 182er. Am 21. Mai 1921 ist in
Freiberg eine Bereinsung ehemaliger 182er gegründet worden.
Zweck dieses Zusammenschlusses ist, das Band der Kamerad-
schaft zu erneuern, die Geschichte des Regiments festzulegen und
die gefallenen Helden in Ehren zu halten. Geplant ist ein Re-
gimentstag mit Denkmalsweihe in der Garnison im Jahre 1922.
Zur Auskunft ist gern bereit: Kam. A. Schröder, Freiberg,
Mühlweg 10.

Glittersee. Ein schwerer Unglücksfall ereignete
sich am Sonntag nachmittag in der 7. Stunde an der Heiden-
schanze in Coschütz. Der 11jährige Knabe Clefegki stürzte von
der Heidenchance aus ungefähr 10 Meter Höhe ab. Er zog
sich einen Oberarmbruch und mehrere Hautabschürfungen an Ge-
sicht und Beinen zu.

Neßen. Der Kirchenvorstand beschloß die Beschaffung
eines neuen Geläuts, möglichst in Bronze, ins Auge zu
fassen. Die noch vorhandene große Glocke soll veräußert werden.
Man rechnet mit einer Ausgabe von 80—100 000 M und weist
darauf hin, daß in Aohwein ein einzelner Spender das ganze
Geläut gestiftet hat.

Dresden. Am Sonntag fand hier eine starkbeluchte
Mietprotestversammlung gegen die neuen Steige-
rungsaufforderungen des Dresdner Hausbesitzervereins, gegen
den Mietvereinsrat, sowie gegen die Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft im Wohnungswesen statt. Es wurden entsprechende
Entscheidungen angenommen.

Dresden. Der Botanische Garten in Dresden soll nach
einer Mitteilung des Stadtrates aufgelöst werden. Der Garten
ist zwar Staatsbesitz, seine Weiterhaltung ist aber vom Kultus-
ministerium aus finanziellen Gründen abgelehnt worden, da er
einen jährlichen Staatszuschuß von 300 000 M erfordert und
durch den weiteren Ausbau der Staatsgärtnerei in Pillnitz über-
flüssig geworden ist. Der Rat der Stadt Dresden beschloß, gegen
die Auflösung keine Einwendungen zu erheben. Die Gewächshäuser
sollen nach Möglichkeit nach Pillnitz gebracht werden.

Freiberg. In der letzten Ratssitzung teilte der Finanz-
auschuß mit, daß der Fehlbetrag im Haushaltsplan
für das Rechnungsjahr 1921-22 über 2 Millionen Mark be-
trägt. Da für diese Summe nur teilweise Deckung durch Zu-

wendungen vom Reiche und Freistaat Sachsen zu erwarten steht,
wurde beschlossen, vom Reiche und Staate zu verlangen, daß sie
den Gemeinden, nachdem ihnen die eintrefflichen Steuerquellen
verschlossen sind, den Ertrag bestimmter Reichs- bzw. Staats-
steuern überweisen oder gestatten, daß von den Gemeinden Zu-
schläge zu gewissen Steuern erhoben werden dürfen.

Ehrenfriedersdorf. Am Sonntag fanden hier die infolge
der Auflösungsverfügung des Ministers Lipinski notwendig ge-
wordenen Stadtverordneten-Neuwahlen statt. Bisher bestand
das Kollegium aus acht bürgerlichen und acht sozialistischen
Stadtverordneten. Das Wahlergebnis ergab neun sozialistische
und sieben bürgerliche Vertreter, also einen Gewinn für die
ersteren und einen Verlust für die letzteren.

Bachholz. Auf der belebten Bärensteiner Straße er-
eignete sich am Sonntag nachmittag in der 7. Stunde ein be-
dauerlicher Unfall. Der staatliche Personkraftwagen
Oberwiesenthal-Annaberg kam in voller Fahrt in Richtung
Annaberg angefahren. Zu derselben Zeit wurde der Kraftwagen
nach Bärenstein erwartet. Der Knopffabrikant und Wirtschafts-
besitzer Reuther aus Kirchberg wartete mit seiner Frau an der
Haltestelle auf diesen Wagen und hatte den in entgegengesetzter
Richtung daherrastenden Oberwiesenthaler Wagen nicht bemerkt.
Während die Frau noch beiseite springen konnte, wurde Reuther
erfaßt und mit fortgeschleppt. Dem Bedauernswerten wurden
beide Beine abgefahren und am Kopfe wurde er so
schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.
Der Führer des Oberwiesenthaler Wagens hatte infolge Ver-
lagens beider Bremsen die Gewalt über seinen Wagen verloren.
Er rettete sich durch Abpringen. Der Wagen prallte an einen
Straßenbaum an und wurde in den Straßengraben geschleudert,
wo er völlig zertrümmert wurde. Als ein großes Glück
ist es zu betrachten, daß der Oberwiesenthaler Wagen keine
Fahrgäste mit sich führte.

Leipzig. Die Bezirksversammlung der Amtshauptmann-
schaft Leipzig, in welcher die Sozialdemokraten die Mehrheit
haben, beschloß, einen Bezirksdirektor zu wählen, der
nach dem Amtshauptmann als Vorgesetzter aller Beamten und
Angestellten anzusehen sei und mit dem der Amtshauptmann alle
den Bezirksverband betreffenden Angelegenheiten vor ihrer Er-
ledigung zu besprechen habe. Werde keine Einigung erzielt, so
sei die Sache dem Bezirksauschuß zur Entscheidung vorzulegen.
In der Begründung des Antrages der U. S. P. wurde kein
Zweifel darüber gelassen, daß es sich um eine politische Kon-
trolle des Amtshauptmanns handle. Der Antrag wurde trotz
Widerspruchs durch den Amtshauptmann, der bürgerlichen Mit-
glieder und des Ministers Lipinski angenommen, der in einem
Telegramm darauf hingewiesen hatte, daß die Einsetzung eines
der Bezirksversammlung unmittelbar verantwortlichen, dem
Amtshauptmann gleichberechtigten Organs gesetzlich un-
zulässig sei und daher die Wahl zu unterbleiben und ihr die
staatliche Anerkennung versagt werden würde.

Das neue Bistum Meissen.

(Ein geschichtlicher Rückblick.)

Die aus Anlaß der Feier des Domstiftes Bauen vom
Papst angeforderte Wiedererrichtung des Bistums Meissen
ruft die Erinnerung wach an die ersten Sachsenkönige, die
ihre Herrschaft und das Christentum über die Elbe hinaus
ausdehnten. König Heinrich I. gründete im Jahre 930 in
der von heidnischen Slawen bewohnten Gegend der oberen
Elbe die Burg Meißn. Sein Sohn, Kaiser Otto, bestimmte
968 Meissen zum Bischofssitz. Auf der Synode zu Ravenna
987 wurde zugleich mit dem Erzbistum Magdeburg auch
das Bistum Meissen gegründet und diesem unterstellt. Der
erste Bischof von Meissen war Burkhardt, den der Erz-
bischof von Magdeburg weihte. Er starb früh. Die fol-
genden Bischöfe taten viel zur Befehdung der Wenden,
aber schon Benno von Woldenburg (1066—1106) griff auch
in die große Politik der Zeit ein. Er stand in den Kämpfen
zwischen Kaiser und Papst auf der Seite des Papstes
Gregor VII. und wurde später heiliggesprochen. Unter
Witthogo (1285) wurde der Meißener Dom gebaut.
Obwohl die Bischöfe von Meissen kein großes Terri-
torium hatten, waren sie doch Reichsfürsten, seit dem drei-

zehnten Jahrhundert hatten sie auch das Münzrecht. In
der späteren Zeit änderte sich das Verhältnis von Meissen
zu Magdeburg. Im Jahre 1365 ernannte Papst Urban V.
den Erzbischof von Prag zum ständigen päpstlichen Legaten
in mehreren Diözesen, darunter auch Meissen. Damit war
das sogenannte Suffragan-Verhältnis zu Magdeburg auf-
gehoben. Tatsächlich aber blieb noch eine Zeitlang alles
beim alten. Gerade um diese Zeit erscheint Meissen wieder
in enger Verbindung mit Magdeburg. Dagegen schloß
sich Bischof Nikolaus (1377 bis 1392) enger an Prag an,
und der Magdeburger Erzbischof suchte in blutiger Fehde
sein Recht über Meissen zu wahren. Die Sache blieb un-
entschieden, bis Bischof Thimo von Kolbitz den Meißener
Stuhl bestieg. Er war selbst ein Tscheche und besetzte die
hauptächlichsten Stellen seines Bistums immer mehr mit
Personlichkeiten seines Stammes. Thimo lebte ständig in
Prag und ließ sein Bistum verkommen. Darum erwirkte
Karlgraf Wilhelm von Sachsen, der zweite Stifter der
Domkirche, vom Papst eine Bulle, durch welche 1405 der
Zusammenhang mit Prag wieder aufgehoben wurde. Aber
Meissen fiel nun auch nicht an Magdeburg zurück, sondern
wurde unmittelbar dem päpstlichen Stuhl unterstellt. Darauf
kam es wieder zur Fehde mit Magdeburg. Aber der Mag-
deburger Erzbischof mußte sich fügen. Dagegen litt in der
Folge das Meißener Bistum sehr durch die wiederholten
Einfälle der Hussiten.

Erst unter den beiden Brüdern Kaspar und Dietrich
von Schönborn, die nacheinander etwa von 1460 bis
1480 Bischöfe von Meissen waren, erholte sich das Stift
wieder. Der Bischof Johann VI. (1487 bis 1518) war ein
tüchtiger Regent und guter Haushalter, aber sein Wirken
ging ganz in weltlichen Dingen auf. Das war von Bedeu-
tung, da sich die reformatorische Bewegung mehr und
mehr ankündigte.

Johann geriet bereits mit dem Herzog Georg von
Sachsen in Streitigkeiten um die Landeshoheit. Er wußte
seine Selbständigkeit noch zu behaupten, aber sein Nach-
folger Johann VII. von Schleinitz erkannte Georgs Landesho-
heit an, um an ihm eine Stütze gegen das Luthertum zu
gewinnen. Er verlor durch Strenge gegen Geistliche
und Laien seine Untertanen bei der alten Fehde zu halten;
zu dieser Zeit wurde auch der alte Bischof Benno aus der
Zeit der alten Sachsenkaiser heilig gesprochen. Aber nach
des Herzogs Georg Tode verlor der Meißener Bischof
die Stütze des weltlichen Armes, denn der Nachfolger, der
Herzog Heinrich, schloß sich der Reformation an, ohne auf
den Bischof irgendwelche Rücksicht zu nehmen. So konnte
dann auch der Bischof Johann VIII. von Raltitz trotz aller
Mühen der Erneuerung nicht mehr Herr werden, und sein
Nachfolger Johann IX. von Haugwitz war der letzte
Bischof von Meissen. Er dankte im Jahre 1581 ab und
legte das Stift in die Hände des Domkapitels. Ein neuer
Bischof wurde nicht mehr gewählt; da die weltliche Ge-
walt schon unter Johann VII. von der Kirche getrennt
worden war, vollzog sich nun die Säkularisation des
Bischofs ganz von selbst, und der Protestantismus gewann
die Oberhand.

Die sächsischen Herrscher sind bekanntlich wieder
katholisch geworden, aber an die Wiedererrichtung des
Bistums wurde bisher nicht gedacht.

Der Stadt Dresden ist das 11. Heft der bekannten von
Kurt Arnold Kindelsen herausgegebenen „Sächsischen Heimat“
gewidmet. Es enthält folgendes: „Das Gesicht der Stadt“ von
Edgar Hahnwald, „Dresdner Jugendgedenken“ aus einer
noch unveröffentlichten Lebenschronik von Kurt Martens (betr.
die Zeit von 1878 an); „Auf der Brühlischen Terrasse“ von
Kindelsen, „Brief über Dresden“ von Ossip Kalernter, „Das
Schloß zu Dresden um 1700“ von Georg Hermann Müller,
„Der Große Garten“ von Johanna M. Lanlau, „Sittinische
Madonna“ von Richard Fischer, die Fortsetzung des Wald-
romans „Der Raubhieb“ vom Herausgeber und einige weitere
Beiträge. Das angegebene Heft ist mit zahlreichen trefflichen
Bildern geschmückt. Auch dieses Heft gibt wieder Zeugnis von
dem hohen Ziele, alle kulturellen Strahlungen der Heimat zu
sammeln und sie den Heimatstolzigen zugänglich zu machen.

Bezirksobstbauverein Wilsdruff u. Umg.
Freitag den 1. Juli 1921 nachmittags 4 Uhr im
Gasthof „Goldener Löwe“, Wilsdruff,
Bezirksversammlung.
Tagesordnung:
1. Mitteilung und Eingänge. 2. Bericht über die Land-
wirtschaftliche Ausstellung in Leipzig. 3. Beschlüsse zur
Ausführung der Landesversammlung des Landesvereins. 4. Ratsschlüsse
für Obstverwertung. 5. Verschiedenes.
Gäste, auch Damen, willkommen!
Richard Quany, Vorsitzender.

Ihr 'Tageblatt' bringt Ihnen
täglich nachmittags die neuesten
Meldungen aus aller Welt. Es bietet
Ihnen Belehrungs- u. Unterhaltungs-
stoff. Bewahren Sie ihm dafür die
Treue als Abonnent und empfehlen
Sie den Bezug des 'Tageblattes'
bei Ihren Freunden und Bekannten.

Zickelfelle
sowie alle Arten Häute und Felle
kauft zum höchsten Tagespreis
Julius Arnold, Pottschappel,
Tharandter Straße 24 Fernsprecher 795.

Gutes Heu
von der Wiese weg, auch
bei Feldabholung, kauft zu
dem jeweiligen Tagespreise
Louis Seidel,
Wilsdruff,
Fernruf 10. 4891

Johannisbeeren,
rote, weiße, schwarz,
Erdbeeren u. Stachelbeeren
kauft jedes Quantum 457
Dobkelt, Dönnitz, Zschandwig.

Jalousien
fertigt und repariert
Richard Nagel,
Meissen, Neugasse.
Fernsprecher 457.
Gewissenhafte Montage.

Suche zum 1. Juli einen
zuverlässigen
Pferdeknecht
nicht unter 17 Jahren.
Folgendes Hintergedorf
bei Tharandt,
Fernspr. Tharandt 6.

4600 Frisches lauderes
Hausmädchen
für sofort od. später gesucht
Gustav Besch, Tharandt,
Kolonialwarengeschäft.

DAS
EIN TREUER BEGLEITER
IST

WER SUCHT IHN, UND
WER GIBT IHN AB?
EINE ANZEIGE HILFT
im Wilsdruffer Tageblatt.

Die Patent-Welt
Anführendes Monatsheft für
Erfindungs- und
Verwertungswesen
Erste Mitarbeiter, Gütes Inse-
rationsblatt
Jährlicher Bezugspreis 24 Mark,
Einzelnummer 3 Mark
Berlin SW 19, Beuthstr. 4
Postfach 80000, Berlin 6007.

**Verein
Heimatkund**
der Amtshaupt-
mannschaft Meissen.
Anmeldungen nehmen
entgegen die Geschäfts-
stelle bei der Amts-
hauptmannschaft, die
Vertrauensmänner des
Vereins u. d. Gemeinde-
vorstände des Bezirkes.
Jahresbeitrag mindest.
1 Mk., juristische Per-
sonen u. Vereine ohne
Rechtsfähigkeit min-
destens 10 Mk. :-

Sauberer Druck
nacht, dass auch eine
einfache Drucksache
schön aussieht. Die
Buchdruckerei von
Arthur Zschunke in
Wilsdruff liefert stets
sauberen Druck

**Pa. Speise-
Zwiebeln**
10 Pfund 10 Mark
empfiehlt
Tharandter Str.
Fernsprecher 548.

30000 Mk.
auch bereit, als Hypothek auf
kleines Gut sofort gesucht.
Wo? sagt die Geschäfts-
stelle d. Blatt's unter 4605.

Hausm. Schenke
und 3 Schffel Feld (guter
Boden), nah am Walde ge-
legen, sofort verkäuflich.
1000 Neukirchen Nr. 99.

**Schäfer-
hunde,**
10 Wochen, dunkel, mit
Stammaum, 450 Mk. gibt ab
Philipp, Köhschenbroda.

Junges
Stellmachergeselle
sof. gesucht. Stellmachermstr.
Gustav Hollang,
Zimbach bei Wilsdruff.

Wir bitten höflichst, An-
zeigen bis 10 Uhr vor-
mittags aufzugeben.